



Gewerkschafter/innen gegen Atomenergie und Krieg

E-Mail: ggae@gmx.at Web: www.atomgegner.at
KONTAKT: Stiftgasse 8, 1070 Wien

Nummer 1 / Februar 2018



Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Nie wieder Faschismus

Kundgebung

12. März 2018, 17.30 Uhr

Stock-im-Eisen-Platz, 1010 Wien

12. März 1938

Besetzung Österreichs durch Hitlerdeutschland

12. März 2018

Nie wieder Faschismus – Nie wieder Krieg!

**Für ein neutrales, unabhängiges und
demokratisches Österreich!**

Es sprechen:

Franz Sieder, Kaplan, Betriebsseelsorger Amstetten, Pax Christi
Alfred Kohlbacher, Bund Sozialdemokratischer FreiheitskämpferInnen
Hubert Kramar, Künstler, Schauspieler
Robert Wurm, Vors. Zentralbetriebsrat ÖBB-Postbus, Gewerkschaft GPF/Vida
Susanne Scholl, freie Journalistin, Schriftstellerin, Omas gegen Rechts
Michael Fiala, Vors. Zentralbetriebsrat NÖGKK, Vors. Gewerkschaft GPA-djp NÖ
Marlene Streeruwitz, Schriftstellerin, Regisseurin
Wilfried Leisch, Österr. Solidaritätskomitee / proSV - pro Sozialversicherung
VertreterInnen von GewerkschafterInnen gegen Atomenergie und Krieg

Musikalische Unterstützung durch Hans Wagner, neuschneemusik.org

Veranstalter:

GewerkschafterInnen gegen Atomenergie und Krieg: www.atomgegner.at / ggae@gmx.at
Österreichisches Solidaritätskomitee: <http://proSV.akis.at> / oesolkom@gmx.at

Nie wieder Krieg

Nie wieder Faschismus

Nie wieder Krieg

1938 – 2018: Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg!

Der Weg zur Auslöschung Österreichs!

1918 Gründung der 1. Republik als Folge des I. Weltkrieges. Begründung des Sozialstaats.

Ab den 1920er Jahren Angriffe auf die sozialen Errungenschaften, konservative Parteien reden offen vom „Wegräumen des revolutionären Schutts“.

1927 (Faschistische) Heimwehren bringen Arbeiter um (Schattendorf) und werden von der Justiz freigesprochen, blutige Niederschlagung von Massenprotesten, Justizpalastbrand.

1930er Jahre Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise in Österreich, Millionen Menschen in Arbeitslosigkeit und Elend.

1933 Ausschaltung des Parlaments und Abbau von sozialen Rechten, systematische Zerstörung der Demokratie durch Dollfuß (Austrofaschismus).

1934 Februar-Kämpfe (mindestens 300 Tote) – Regierung lässt das Heer auf die Arbeiter schießen, verbietet Gewerkschaft und Arbeiterparteien.

1938 Hitlers Einmarsch und Besetzung Österreichs, Anschluss an Nazi-Deutschland – befördert durch den von den Eliten in Österreich (Austrofaschisten) betriebenen politischen und wirtschaftlichen Ausverkauf.

1. Sept. 1939 Beginn des II. Weltkriegs (Angriff Deutschlands auf Polen), Österreicher marschieren an der Seite des Nazi-Regimes mit.

1939 – 1945 II. Weltkrieg, ca. 70 Millionen Tote, davon ca. 600 000 Tote Österreicher.

1945 Befreiung Österreichs vom Hitler-Faschismus, Gründung der 2. Republik

1955 erhält Österreich den Staatsvertrag und verpflichtet sich zur immerwährenden Neutralität als Ergebnis der schmerzlichen Erfahrung der Österreicher aus zwei Weltkriegen nie wieder einen Anschluss an Großmachtpolitik, nie wieder einen Anschluss oder Beteiligung an Kriegspolitik zuzulassen.

1960er bis 1970er Jahre Beginn des wirtschaftlichen Aufschwungs und Ausbau des Sozialstaates.

Ab den 1980er Jahren schleichender Abbau des Sozialstaates.

Ab den 1990er Jahren offenerer neoliberaler Kurs gegen die arbeitenden Menschen

2000 bis 2007 Politik und Industrie probieren es auch mit den Schwarz/Blau-Braunen. Gewerkschafts- und SP-Führung setzen dem wenig entgegen und machen sich dadurch sogar zu neoliberalen Handlangern.

Und heute: Neoautoritäre Politik im Demokratiegewand

2018 Die neoliberale Politik der letzten Jahre, besonders mit der jetzigen FPÖVP-Regierung, in der ganz offen die in der Nazi-Tradition stehenden deutsch-nationalen Burschenschafter und die in der Tradition der Austrofaschisten stehenden CV-ler und „Bauernvertreter“ den Ton angeben, hat massiven Sozialabbau im Namen von „Neue Gerechtigkeit“ im Auftrag und im Interesse der Industrie auf ihre Fahnen geschrieben. Die Hetze erst gegen Flüchtlinge, Ausländer, nun verstärkt gegen Arbeitslose, Mindestsicherungsbezieher usw. soll die Menschen gegeneinander ausspielen, Neid, Angst und Schrecken verbreiten und so weicklopfen, damit sie noch mehr Opfer, Gewalt und letztlich Krieg hinnehmen. Zweck ist von der weiteren Ausplünderung der Masse der ÖsterreicherInnen und der noch größeren Bereicherung der da oben, der 1% Superreichen, Konzernherren, Banken, Versicherungen abzulenken. 82% des Steueraufkommens, (Lohnsteuer, indirekte Steuern, Massensteuern) zahlt die Masse der Österreicher. Die Konzerne mit ihren Milliarden Gewinnen hingegen hinterziehen ganz legal Steuer. Siemens, Google, Amazon und Co zahlen oft kaum Steuern. 1% der Bevölkerung, die Superreichen in Österreich, verfügen mit ca. 500 Milliarden Euro über gleich viel Vermögen wie die unteren 80% der Bevölkerung. Wir können uns die Reichen nicht mehr leisten!

2018: Heute sehen wir einen gewaltigen wirtschaftlichen Ausverkauf Österreichs vor allem an Deutschland (= erneuter Anschluss). Dazu kommt auch zunehmend die eklatante Verletzung und Aushöhlung unserer Neutralität! Wir werden praktisch immer mehr in USA/NATO/EU-Militarisierungs- und Kriegsszenarien hinein gezogen. Kriege werden heute unter dem Vorwand von Menschenrechten, Friedenssicherung, Terroristenbekämpfung, Schutz westlicher Werte geführt. Die Großmacht Deutschland, die weltweit viertgrößte Wirtschaftsmacht, will nun entsprechend ihrer Wirtschaftsgröße ihre Interessen auch militärisch direkt oder mit der NATO oder der EU durchsetzen. Unsere Herrschenden sind (schon wieder einmal) willfährige Handlanger Deutschlands: Unter Verletzung des Staatsvertrags haben sie militärisch den Anschluss an Kerneuropa unterschrieben (SSZ=Strukturierte Strategische Zusammenarbeit). Das bedeutet die aktive Teilnahme an den EU-Kriegsplänen, z.B. Auslands-

einsätze des Heeres, militärische Kooperation, Mitfinanzierung von Militärinterventionen und Rüstungsprojekten, Steigerung des Rüstungsbudget etc. Das ist alles völlig unvereinbar mit unserer Neutralität. Als Vorwand dieses Ausbaus des EU-Militärapparates und der Ausweitung der EU-Kriegspläne dient den Herrschenden die Hetze gegen und die Angstmacherei vor Flüchtlingen, Islam, Terrorismus.

Die nunmehrige autoritäre FPÖVP Regierung macht noch hemmungsloser und umfassender Politik fürs Kapital, gegen das Volk. Z.B. ist sie ja auch gleich bei CETA umgefallen und hat es unterschrieben. Ihre z.T. schon beschlossenen, zum Teil erst geplanten Maßnahmen, wie 12 Stunden Arbeitstag, 60 Stunden Arbeitswoche, Abschaffung der Notstandshilfe, Schwächung der AK, Abschaffen des Kollektivvertrags bzw. Reduktion der Betriebsräte, Sparen u.a. bei den Pensionen u. im Gesundheitswesen, weiters der Plan die Sozialversicherungen zu zerschlagen, damit Unternehmer Milliarden Euro mit privater Medizin machen können, all das bedeutet eine massive Verschlechterung der Existenzbedingungen der Masse der Österreicher. Dazu kommt ein immer stärkerer Demokratieabbau.

Die Regierung forciert den weiteren Ausbau des Überwachungs- u. Polizeistaates wie es heißt zum Schutz vor Flüchtlingen und Terror. Nach der neuen Sicherheitsdoktrin Österreichs soll es zu noch engerer Zusammenarbeit von Heer und Polizei kommen, ausdrücklich auch, um die Sicherheit im Land zu erhöhen. Eine Militarisierung also nicht nur

nach außen, sondern auch nach innen. Und die Blauen sitzen in allen Sicherheitsministerien, das sind Justiz, Heeres- und Innenministerium und zudem unterstehen ihnen alle Geheimdienste.

2018 Heißt dies, dass 85 Jahre nach der Ausschaltung des Parlaments in Österreich, 84 Jahre nach dem Februar 1934 (bewaffnete, militärische Niederschlagung der Widerstand leistenden Arbeiter, Verbot von Gewerkschaften und Parteien) sich der Staat also wieder darauf vorbereitet, Widerstand gegen seine Politik auch mit Gewalt zu unterdrücken?

2018 begeht Österreich den 100. Jahrestag der Gründung der 1. Republik als Folge der massenhaften Ablehnung von Monarchie, Unterdrückung und I. Weltkrieg, als Folge der Revolution in Europa im Zuge dessen (durch eine kämpferische Arbeiterbewegung) auch in Österreich jene sozialen Gesetze und Fortschritte begonnen wurden, die bis heute noch wirken – und gerade deshalb von den Neoliberalen durch Industriellenvereinigung und ihrer FPÖVP-Regierung abgeschafft werden sollen.

2018 begeht Österreich den 63. Jahrestag der Erklärung seiner Neutralität. Die immerwährende Neutralität wurde erklärt als Folge von zwei verheerenden Weltkriegen und dem Wunsch der österreichischen Bevölkerung, nicht mehr an Deutschland und/oder an Großmächte angeschlossen zu werden, nicht mehr mitzumarschieren, nicht mehr für Großmachtinteressen in Kriege gezwungen zu werden. **90% der Österreicher sind für die Neutralität.**

Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg! Für ein neutrales, unabhängiges und demokratisches Österreich!

Das war die

**Großdemo
gegen Schwarz-Blau!**

**Gegen Rassismus
und Sozialabbau!**

Sa, 13.1. 14:00

An die 70.000 Menschen demonstrierten trotz kaltem Wetter bei Nieselregen gegen die Schwarz-Türkis – Braun-Blaue Regierung.

Wir haben uns mit einer Flugblatt-Verteilaktion gegen den geplanten Abbau des Sozialstaates und der Demokratie daran beteiligt.

Die Demonstration war ein guter Anfang, setzte ein ganz wichtiges Zeichen der Ermutigung und des Widerstandes! Das gilt umso mehr und ist umso wichtiger als weder die Gewerkschaften, noch die Oppositions-SPÖ, noch die AK zur Demonstration aufgerufen und schon gar nicht dazu mitorganisiert hatten. Ein Armutszeugnis für die Spitzen von ÖGB, AK und SPÖ! Worauf warten diese Herren?

Der Sozialstaat wurde erkämpft!

Hände weg



von

Arbeitslosengeld

Arbeiterkammer

Kollektivvertrag

Sozialversicherung

Hände weg

von den Menschenrechten!

Gegen Überwachungsstaat,

Sozial- und Demokratieabbau!

Treffen:

21. Feber 2018, 19.00 Uhr

zur Planung weiterer gemeinsamer Aktivitäten
Amerlinghaus, 1070 Wien, Stiflgasse 8
„Teestube“, 1. Stock

*

Kundgebung

12. März 2018, 17.00 Uhr

Stock-im-Eisen-Platz, 1010 Wien

12. März 1938 – Besetzung Österreichs durch Hitlerdeutschland

12. März 2018 – Nie wieder Faschismus – Nie Wieder Krieg!

Für die Unabhängigkeit und Neutralität Österreichs!

**Solidarität unsere Stärke,
Widerstand unsere Chance!**

Impressum / Kontakt: Stiflgasse 8, 1070 Wien * GGfAE, GewerkschafterInnen gegen Atomenergie und Krieg, ggae@gmx.at * proSV – Keine Zerschlagung der Sozialversicherung / proSV@akts.at * OSK, Österreichisches Solidaritätskomitee / oesolkom@gmx.at * <http://proSV.akts.at> * www.atomgegner.at

Hier ein paar Eindrücke von der Demonstration:



Vom Faschismus:
Das Ungeheuerliche
kommt im
Sonntagsanzug
daher,
sitzt im
Parlament,
wirbt lächelnd
um unsere Gunst,
verspricht uns
neues Leben,
Fortschritt,
Zukunft –
umarmt uns,
dass uns
der Atem
wegbleibt –
Unser Protest
gibt uns
das Leben
zurück –
zum
Widerstand –
das Ungeheuerliche
zu überwinden!

Verse eines Mitstreiters

NÖ-Wahl: Zustimmung zur ÖVP-Politik? ÖVP- Abgrenzung von den Rechten?

Landeshauptfrau Mikl-Leitner und Bundeskanzler Kurz haben das NÖ-Wahlergebnis vollmundig als Zustimmung zur derzeitigen ÖVP-Politik im Land NÖ, als auch als Zustimmung zur ÖVP-FPÖ-Regierungspolitik bezeichnet. Doch das Gegenteil ist der Fall: Allein die ÖVP hat seit den Landtagswahlen 2008 fast 100.000 Wählerstimmen verloren, die SPÖ 40.000, die Grünen 11.000. Die FP hat 28.000, die Neos (erstmalig angetreten) haben 47.000 Stimmen hinzugewonnen. Die Wahlbeteiligung von 1,39 Millionen Wahlberechtigten sank von knapp 75% im Jahr 2008 auf 66,5% im Jahr

2018. Bei der letzten Nationalratswahl im Oktober 2017 war die Wahlbeteiligung in NÖ gar noch fast 85%. Zustimmung? Nein: Flucht der Wähler und Wählerinnen vor dieser Schwarz-Blau-Braunen Politik. Dazu kommt auch in NÖ, wie auf Bundesebene, die halbherzige, nicht wirkliche Abgrenzung von der braunen FP. So musste in NÖ Landbauer zwar gehen, sein Nachfolger, Gottfried Waldhäusl, mit dem Mikl-Leitner jetzt in der NÖ-Landesregierung aber sehr wohl zusammenarbeiten will, ist genauso ein Rechter und stolz darauf.

Die jetzt geplante FP-Historikerkommission „untersucht“ vielleicht die früheren Rechts-Umtriebe. Gedacht ist das Ganze aber als Manöver zur Ablenkung und zur Reinwaschung der Rechten, die sich gerade an der Spitze der Republik finden.

Atomausbau Ungarisches AKW Paks II



Im März 2017 hat die EU-Kommission grünes Licht für ungarische Staatsbeihilfen zum Ausbau des AKW Paks II gegeben. Das AKW ist nur 180 km von der österreichischen Grenze entfernt. Zuvor hat die EU-Kommission schon im November 2016 ein Vertragsverletzungsverfahren gegen Ungarn wegen der Vergabe eines Milliardenauftrags zum Ausbau des AKWs an einen russischen Staatskonzern eingestellt. Wenn es um das milliarden-schwere Atom(rüstungs)geschäft geht, hat auch die EU-Kommission keine „Berührungsängste“ mit sonst kritisierten Regierungen.

Österreichs Regierungen, die sich gerne als „Anti-Atom-Vorkämpfer“ gaben und geben, haben schon in der Vergangenheit gerne geklagt und „Protest erhoben“ gegen – vor allem – „Ost-AKW’s. Zuletzt musste die Vorgängerregierung auf Druck der österreichischen Bevölkerung, die ja in der überwältigenden Mehrheit gegen Atom ist und vor 40 Jahren Nein zum AKW Zwentendorf gesagt hat, auch gegen den mit EU-Geldern subventionierten Milliarden-Neubau des AKW in Hinkley Point in Großbritannien Klage beim Europäischen Gerichtshof (EuGH) erheben.

Die neue Türkis-Blaue Regierung wollte gegen die ähnlich gelagerte Atomfinanzierung von Paks II zuerst gar nichts unternehmen. Jetzt hat sie – wieder auf Druck der Umwelt- und Anti-Atom-

Organisationen, wenigstens ebenfalls Klage beim EuGH einbringen müssen.

Als der ungarische Ministerpräsident Viktor Orban jüngst zu Besuch in Wien war, waren keine kritischen Töne seitens der österreichischen Regierung zu hören. Den Grund dazu und die Bedeutung der Klage Österreichs gegen Ungarn in Sachen AKW Paks fasste ORF-Reporter Ernst Gelegs so zusammen: *„Das nimmt Ungarn absolut gelassen. Die Ungarn sagen, dass Österreich immer schon gegen AKW-Ausbauten geklagt hat, immer erfolglos, das heißt, dass Österreich deswegen klagt, damit die eigene Anti-AKW-Lobby in Österreich ruhiggestellt wird. Aber Aussicht auf Erfolg haben diese Klagen ohnehin nicht und daher lehnt sich Ungarn da entspannt zurück und sagt: soll’ns klagen, wurscht.“* Außerdem, so der Reporter, *„... Ungarn sagt, dass die Grenzsicherung, die auch Österreich zugutekommt, bisher 1 Milliarde gekostet hat, und Ungarn hätte da gerne eine finanzielle Beteiligung, die hat Orban schon bei der EU-Kommission in Brüssel beantragt, ist aber ständig mit seinem Antrag abgeblitzt, und jetzt hofft er, dass Österreich ein bissl mitzahlt ...“* (ORF/Ö1-Mittagsjournal, 30. Jänner 2018).

Also viel Theaterdonner, aber die gefährliche Atomkraft soll weiter Profitquelle bleiben. Wäre es der jetzigen Regierung – ebenso wie der Vorgängerregierung – ernst, müssten sie so schnell wie möglich, am besten sofort, auch einseitig, aus dem EURATOM-Vertrag der EU und aus der internationalen Atomlobbyorganisation IAEA austreten. Das geht, umso mehr, als die EU mit der Subventionierung des Atomausbaus selbst gegen EU-Recht (Wettbewerbsverzerrung) handelt.

Ministerien z.B. auf „Nachhaltigkeitsministerium“ umbenennen, aber weiter EU-Atomfördergelder zahlen (für EURATOM, für IAEA usw.), gleichzeitig – sei es mit oder ohne Klage bei EuGH – auf „anti-atom“ reden, ist blanke Heuchelei und todgefährlich für die Bevölkerung, deren Interessen die FPÖVP-Regierung ja vorgibt, zu vertreten.

US-Atomwaffen-Ausbau

Laut einem Bericht des US-Verteidigungsministeriums zur geheimen neuen Nuklearstrategie der Regierung („Nuclear Posture Review“) will US-Präsident Trump das Arsenal von sogenannten „kleinen“ Nuklearwaffen durch den Umbau bisheriger Sprengsätze ausbauen, die Zahl der US-Atomwaffen insgesamt angeblich aber nicht erhöhen (sie beträgt derzeit geschätzte 7.000 Stück). Derzeit gelten Atomsprengsätze mit weniger als 20

Kilotonnen TNT als „klein“ (verharmlosend „Mini-Nukes“ genannt). Ziel sei es, so die US-Regierung, leichter diese Waffen gegen Russland, Nordkorea oder China einsetzen zu können. Zum Vergleich: die US-Atombombe „Little Boy, die im August 1945 über der japanischen Stadt Hiroshima abgeworfen wurde und in Sekundenschnelle Zehntausende Menschen, weitere Zehntausende Menschen in den Folgemonaten tötete und Hunderttausende

Menschen zu elendiglich leidenden „Strahlen-kranken“ machte, hatte eine Sprengkraft von 13 Kilotonnen TNT.

Klar sei, so das Bündnis ICAN gegen Atomwaffen, das jüngst den Friedensnobelpreis erhielt, dass

diese neue US-Atomstrategie und die „kleinen“ Atomwaffen die Hürden für einen Einsatz verringert.

Das erhöht das Risiko, dass Atomwaffen eingesetzt werden.

Autoindustrie: Abgastests mit Tier und Mensch

Kürzlich wurde bekannt, dass Autokonzerne Abgastests mit Tieren und sogar Menschen durchführten, um zu „beweisen“, dass die derzeitigen Abgaswerte „gesundheitlich unbedenklich“ seien. Die Empörung war völlig berechtigt groß. Einmal abgesehen davon, dass ja schon bekannt ist, wie die Abgaswerte manipuliert sind. Aber nicht genug damit. Die Konzerne kommen damit durch und es wird gar nicht mehr davon gesprochen und ins Bewusstsein gerückt, dass die Autoindustrie mit

uns Menschen tagtäglich einen großangelegten lebensverkürzenden „Feldversuch“ durchführt. Die Abgaswerte stimmen nicht, geändert wird kaum etwas. Autokonzerne und Politik – sei es auf EU-, sei es auf nationaler Ebene – mauscheln faule Kompromisse aus.

Effekt: die Luftverschmutzung, vor allem in den Städten, steigt weiter und nimmt immer stärker gesundheitsschädliche Ausmaße an – **besonders unsere Kinder leiden darunter.**

Nein zur Zerschlagung der AUVA!

Jetzt wird schon die Auflösung der AUVA diskutiert, eventuell ist die anschließende Eingliederung in die Gebietskrankenkassen (GKK) geplant.

Die jährlichen Unternehmerbeiträge zur AUVA sollen von derzeit 1,3 Prozent (das entspricht aktuell ca. 1,5 Milliarden Euro im Jahr) auf 0,8 Prozent gesenkt werden. Bei einer Eingliederung der AUVA in die Krankenkassen würde sich die Unternehmensseite diese Beiträge zur Gänze ersparen und diese auf die sozialversicherten ArbeiterInnen und Angestellten abwälzen. Letztendlich ist es das Ziel, die sich durch höchste Qualität auszeichnenden Unfallkrankenhäuser und Reha-Zentren der AUVA zu privatisieren. Das haben Vertreter der Wirtschaftskammer schon im Frühjahr 2017 verlangt. Das soll jetzt die FPÖVP-Regierung umsetzen.

Mehr darüber in unserer nächsten Aussendung.

Warnstreiks in der Sozialwirtschaft

100.000 Beschäftigte gibt es im privaten Gesundheits- und Sozialbereich.

In hunderten Betrieben in ganz Österreich wurden am 15. und 16. Februar 2018 Warnstreiks durchgeführt, weil es nach 15 Verhandlungsrunden kein Ergebnis gab.

„Es ist dringend an der Zeit, neben einer realen Erhöhung der Einkommen auch die Normalarbeitszeit in der Branche auf 35 Stunden zu verkürzen und der Realität anzupassen. Die Beschäftigten brauchen mehr Zeit zur Erholung und Regeneration. Eine Reduktion der Arbeitszeit darf jedoch nicht zu einer Verdichtung der Arbeit führen. Der Arbeitsdruck ist schon jetzt enorm hoch. Daher ist neben einem vollen Lohnausgleich auch ein voller Personalausgleich sehr wichtig“, so die Gewerkschaft GPA-djp.

Die Regierung will die AK schwächen!

Wie? Durch Reduktion des AK-Beitrages oder Aufhebung der gesetzlichen Vertretung der ArbeitnehmerInnen (Pflichtmitgliedschaft). Das bedeutet weniger Hilfe und Rechtsschutz für die AK-Mitglieder und Lohnraub durch drohendes Ende des Kollektivvertrages. Dagegen muss die AK ihre Mitglieder mobilisieren – jetzt!

Wo bleibt die Antwort, die aktive Zurückweisung der Angriffe der Regierung durch AK und ÖGB? **Stillhalten ist die falsche Antwort!** Nicht warten bis die Grauslichkeiten und Verschlechterungen der Regierung Gesetz sind!

Ganz konkret und als einen ersten Schritt:

- **soll die AK ihre 3,5 Millionen Mitglieder kontaktieren** und sie auf öffentlichen Veranstaltungen offensiv informieren und einbeziehen, was eine **Kürzung des AK-Beitrages** (z.B. für Rechtsschutz, Konsumentenschutz) bedeutet, was eine **Aufhebung der Pflichtmitgliedschaft** für ArbeitnehmerInnen und für Kollektivverträge bedeutet: **Lohnraub und Zukunftsraub!**
- **soll die AK eine Mitgliederbefragung machen – jetzt!**
Denn 2019 – bis zur nächsten AK-Wahl, kann es schon zu spät sein, weil die Regierung bis dahin noch arbeiterfeindlichere Gesetze beschließt!
- **Warum AK und Kollektivvertrag so wichtig sind:** siehe Tabelle nächste Seite

Warum Arbeiterkammer und Kollektivvertrag so wichtig sind!

Wie hoch ist der AK-Beitrag?

- 0,5 % des Bruttoeinkommens
- durchschnittlich ca. 7 Euro/Monat
- 816.000 Menschen zahlen 0 Euro, weil z.B. arbeitslos oder in Karenz

Was macht die AK mit den Mitgliedsbeiträgen?

- 2 Millionen Beratungen/Jahr
- 532 Millionen Euro für Mitglieder erstritten
- 40 Millionen Euro vom Finanzamt zurückgeholt
- 4,6 Millionen Euro Bildungsgutscheine

AK und Kollektivvertrag

- im Auftrag der AK verhandeln die Gewerkschaften Kollektivverträge
- der Kollektivvertrags-Partner ist die Wirtschaftskammer
- Was haben Arbeiter und Angestellte von der Pflichtmitgliedschaft der Unternehmen in der Wirtschaftskammer?

Unternehmen können nicht aus der Wirtschaftskammer austreten und müssen den Kollektivvertrag ihrer Branche anwenden. Deshalb ist die Industriellenvereinigung gegen die Pflichtmitgliedschaft.

Vorteile des Kollektivvertrages

In Österreich sind 98 % der Beschäftigten durch Kollektivverträge erfasst.
In Deutschland z.B. nur 53%.
Die Folge: Lohndumping!

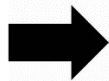
Die AK vertritt

- 3,7 Millionen unselbständig Beschäftigte

Der AK-Konsumentenschutz kommt allen zugute, besonders jenen, die wenig Geld zum Leben haben – so auch den 2,3 Millionen Pensionisten

Kopiert und verbreitet bitte diese wichtige Information! Anfragen an: ggae@gmx.at

Kommt zum nächsten Aktions-Treffen, bei dem wir diese und andere Fragen und Aktivitäten besprechen und die Kundgebung zum 12. März 2018 (siehe Seite 1) vorbereiten und praktische Hilfe gut brauchen können.



Nächstes Treffen

zur Planung weiterer gemeinsamer Aktivitäten

8. März 2018, 19.00 Uhr

Amerlinghaus, 1070 Wien, Stiftgasse 8, Erdgeschoß, Großer Saal

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Wir danken für die Zusendungen und Spenden, die wir im Sinne unserer gemeinsamen Sache benötigen. Auftreten gegen: Wirtschaftskrise, Krieg und Militarisierung, Atomrüstung, AKW-Bau und Klimawandel.

Nur gemeinsam können wir für eine bessere Zukunft arbeiten.

Mit kollegialen Grüßen
GewerkschafterInnen gegen
Atomenergie und Krieg



Spenden-Konto

Einzahlungen: mit beiliegendem Zahlschein oder per Überweisung

EmpfängerIn: Gewerkschafter gegen Atomenergie

Verwendungszweck: Spende

IBAN: AT19 6000 0101 1022 7650

BIC: BAWAATWW

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 14. Februar 2018

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber, Druck und Redaktion: Gewerkschafter gegen Atomenergie, Stiftgasse 8, 1070 Wien. P.b.b. Verlagspostamt 1070 Wien, Erscheinungsort Wien. DVR: 0649228; „Sponsoringpost“ GZ02Z030950 S – ZVR 100322133

Offenlegung nach § 25 Mediengesetz: Medieninhaber (Verleger) der periodischen Druckschrift "Gewerkschafter gegen Atomenergie" ist zu 100 % der gleichnamige Verein, Stiftgasse 8, 1070 Wien. Vorstand: W. Leisch, H. Schriffel, H. Tschida

Spendenkonto bei der BAWAG P.S.K. **IBAN:** AT19 6000 0101 1022 7650 **BIC:** BAWAATWW

EmpfängerIn: Gewerkschafter gegen Atomenergie, **Verwendungszweck:** Spende